

SHORT NEWS

Radio Ara erhält ehemalige DNR-Frequenz

(rg) - Nachdem im vergangenen Jahr das Vorhaben von Saint-Paul und RTL, einen gemeinsamen französischen Radiosender zu betreiben, von der Aufsichtsbehörde verworfen worden war, entschied sich die „Autorité luxembourgeoise indépendante de l'audio-visuelle“ (Alia) jetzt dafür, eine der vom ehemaligen DNR genutzten Frequenzen an Radio Ara zu übertragen. Radio Ara war 1992 im Rahmen der Radio-Reform die Frequenz 103,3 zugeteilt worden. Von Anfang an war aber klar, dass dies zu Problemen führen würde, da diese Wellenlänge mittelfristig auch von einem in Belgien stationierten Sender in Anspruch genommen werden sollte. 2013 war es dann soweit: Der viel stärkere Sender überstrahlte von Léglise aus die Sendungen von Ara sogar in der Hauptstadt, so dass sich deren Betreiber kurzfristig entschließen mussten, auf eine Nebenfrequenz - 103,4 - auszuweichen, deren Nutzung einem Luxemburger Sender eigentlich nicht erlaubt ist. Als dann Saint-Paul aus Kostengründen beschloss, den DNR-Sendebetrieb definitiv einzustellen, meldete sich auch Ara zu Wort und beantragte die günstigere Frequenz 102,9. Die Alia befasste sich in der Folge mit der Frage, ob das freigewordene regionale Netz des DNR neu ausgeschrieben werden sollte, oder ob den Belangen von Radio Ara Rechnung getragen werden müsste. „Radio Ara hat sich als kultureller und assoziativer Sender seit zwei Jahrzehnten bewährt“, erklärte Alia-Präsident Thierry Hoscheit. „Die Verantwortlichen investieren sich in bewundernswürdiger Weise im Bereich der Medienbildung, vor allem durch unterschiedliche Sendungs-Formate und Workshops für Jugendliche.“ Deshalb sei es wichtiger, erst einmal die Sendequalität von Radio Ara zu gewährleisten. Das ehemalige DNR-Netz soll dann, in einer zweiten Etappe, umstrukturiert werden, bevor es ausgeschrieben werden kann.

Rulings für die Reichen, Allocations für die Armen

(lm) - Zufällig, aber gar nicht unpassend, hat sich in die Dezembernummer des Forum ein „heimliches“ Dossier-Thema eingeschlichen: Luxleaks und der Umgang mit ihnen. Zu Recht erinnert die Zeitschrift daran, dass sie wiederholt das „luxemburgische Geschäftsmodell“ kritisiert hat. Luxleaks stelle kein „Luxemburg-Bashing“ dar, sondern die Aufdeckung eines Missstandes, von dem jeder wissen konnte. Forum ruft dazu auf, „Schluss mit dem Schulterchluss“ zu machen, und drückt, neben anderen Beiträgen, das Manifest „#netamengemnumm#“ ab. Das offizielle Dossier seinerseits ist „Leben mit 1.700 Euro“ überschrieben und befasst sich mit dem Mindestlohn und dem Mindesteinkommen, also mit der Schattenseite unseres Steuerparadieses. Die Zeitschrift bietet eine informative Einführung in zum Thema gehörige statistischen Daten, einen historischen Abriss und ein umfangreiches Glossar. Knifflige Zusammenhänge, wie der zwischen Mindestlohn und „allocation complémentaire“, werden aber erst beim aufmerksamen Studieren der entsprechenden Beiträge verständlich. Über die Hintergrundinformation hinaus werden die Sichtweisen der verschiedenen Beteiligten auf den Mindestlohn dargelegt - von den Sozialpartnern über Wohlfahrtsverbände und Wissenschaftler bis hin zu den Empfängern. Die Aussagen der Letzteren wurden von der Soziolinguistin Anne Franziskus zusammengetragen und werden in einem gesonderten Beitrag analysiert. Wie weit die Ansichten über Höhe und Funktion des Mindestlohns auseinandergehen, verdeutlichen die Interviews mit Jean-Jacques Rommes von der UEL und Jean-Claude Reding vom OGBL. Was Reformansätze wie höhere aber selektivere Sozialleistungen, Wohnungszulage, Kombilohn oder bedingungsloses Grundeinkommen angeht, so werden sie angesprochen, aber nicht eingehend diskutiert. Stoff vielleicht für eine weiteres Dossier zum selben Thema?

AKTUELL

MECOSKOP

Die Regierung im Nachhaltigkeitstest

Richard Graf

Der „Mecoskop“ erfährt einen Relaunch und soll helfen, die Leistungen der Regierung auch optisch ansprechend zu dokumentieren.

Wegen des positiven Echos des Mecoskops hat der Meco das internetgestützte Instrument weiterentwickelt und wird nun auch der aktuellen Regierung auf den Zahn fühlen. 118 zentrale Versprechen im Bereich nachhaltige Entwicklung hat er in deren Regierungsprogramm identifiziert. Eine Neuerung stellt die zusätzliche Bewertung durch die Umweltgewerkschaft dar.

In diese Bewertung fließen ausschließlich öffentlich zugängliche Informationen ein. Zusätzliche Nachfragen bei Ministerien und Verwaltungen werden nicht gemacht, weil dies zeitlich und personell nicht zu bewältigen wäre. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung auf der Internetseite kann es deshalb durchaus möglich sein, dass der angegebene Stand einzelner Maßnahmen der Realität hinterherhinkt.

Das Koalitionsabkommen enthält nach Einschätzung des Meco zahlreiche positive Maßnahmen. Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung als verpflichtendes Leitbild, die Einführung eines Nachhaltigkeitschecks für politische Entscheidungen, der freie Zugang zu Informationen, die Mobilisierung von Bauland innerhalb der Bauperimeter - all das sind Forderungen, die der Meco im Vorfeld der Wahlen erstellt hatte. Besonders lobenswert: Von den 118 identifizierten Maßnahmen wurden 54 bereits nach einem knappen Jahr in die Wege geleitet.

„Bonnes notes“ erteilt der Meco im Bereich Landesplanung und Mobilität. Trotz des kürzlich erfolgten Stopps der Sektor-Pläne wird die Aktion der Regierung hier eher positiv bewertet. Obwohl diese Pläne wesentlich abgeändert werden müssen, hat ihre Offenlegung doch eine breite öffentliche Diskussion ausgelöst.

In den Bereichen Landwirtschaft und Naturschutz tue sich ebenfalls etwas, weil es hier einen gewissen Ansporn von Seiten der EU gebe. Nichtstun hat hier allerdings zu einem großen Nachholbedarf geführt. In der Klima- und Energiepolitik sieht der Meco positive Akzente ebenfalls eher auf europäischer Ebene, national sehe die Bilanz eher bescheiden aus.

Eher enttäuscht zeigt sich der Meco in Bezug auf die versprochene „démocratie participative“, die ja eines der zentralen Versprechen der neuen Regierung war. Auch wenn der Zugang zu Informationen sich jetzt einfacher gestaltet und verstärkt auf Instrumente wie BürgerInnenversammlungen zurückgegriffen wird, könne doch weiterhin von einer Partizipationskultur im Alltag nicht die Rede sein. Zu wichtigen Gesetzen habe noch kein Austausch stattgefunden, oder höchstens mit bestimmten, ausgewählten Akteuren. Wie beim Omnibus-Gesetz, bei dem nur das Patronat zu Rate gezogen wurden.

Demokratiedefizit

Auch wenn der Meco es für schwierig hält, schon nach einem Jahr eine Bewertung der Regierungsarbeit abzugeben, will er doch die Bestandsaufnahme dazu nutzen, auf einige wichtige strukturelle Herausforderungen hinzuweisen, die nicht ins Hintertreffen geraten dürfen.

Dazu gehört die geplante Steuerreform, die es auch erlauben sollte „an wichtigen Stellschrauben zu drehen, um gesellschaftspolitische Akzente im Sinne der Nachhaltigkeit“ zu setzen. Um die Interessengegensätze im Spannungsfeld Landwirtschaft / Naturschutz abzumildern, verlangt der Meco, den versprochenen runden Tisch „Landwirtschaft und Nachhaltigkeit“ einzuberufen und das in Aussicht gestellte landwirtschaftliche Kompetenzzentrum zu verwirklichen. Auch das im Regierungsprogramm angekündigte Gesamtprogramm in Sachen „green jobs“ sollte in Angriff genommen werden.

Ferner sollte die Rolle der Gemeinden neu definiert werden, nicht nur in Bezug auf die landesplanerischen Fragestellungen, die die Diskussion um die Sektorpläne ausgelöst hat, sondern auch bezüglich der Aufgaben im Naturschutz. Der Meco erinnert auch an die mehrfach im Regierungsprogramm bekundete Entschlossenheit zu einer ambitionierten Klimapolitik und zu einem Umsteuern im Energiebereich. Vor allem die Energieeffizienz könnte also der Gradmesser sein, mit dem sich - im Sinne des Mecoskops - die Nachhaltigkeitserfolge dieser Regierung messen lassen.

mecoskop.lu

visitez notre site internet
www.woxx.lu